



EUROPA-UNION Deutschland LV Niedersachsen e.V.

An die
Vorstände und Mitglieder
im Landesverband Niedersachsen

Bödekerstraße 16
30161 Hannover
0511/ 300 330 - 36 (Telefon)
0511/ 300 330 - 37 (Fax)
eu-niedersachsen@gmx.de

Mai 2011

Europa in Niedersachsen 2 – 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach ausführlichen Beratungen hat der Landesvorstand auf seiner Klausurtagung in Bassum am 15. und 16. April seine **Stellungnahme zum „Europapolitischen Konzept der Niedersächsischen Landesregierung 2010“** einstimmig beschlossen. Hier der Wortlaut:

Der Vorstand des Landesverbands Niedersachsen der Europa-Union Deutschland begrüßt das Europapolitische Konzept 2010 zunächst als eine Bestandsaufnahme der Niedersächsischen Landesregierung, in der Bedeutung und Relevanz der europäischen Politiken auch für nahezu alle Bereiche der Landespolitik deutlich werden. Als Interessensverband im Lande Niedersachsen greifen wir das vorgelegte Konzept gern auch als Diskussionsgrundlage auf, mit politischen Institutionen, gesellschaftlichen Organisationen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einen offenen gesellschaftlichen Diskurs über die europapolitischen Verknüpfungen und Herausforderungen in unserem Lande zu treten. In seiner Informationspolitik möchte der Landesverband dazu beitragen, diese Zusammenhänge transparent und verständlich zu machen, und mit seiner europapolitischen Bildungsarbeit zur Partizipation an diesen Gestaltungsprozessen ermutigen.

Die Europa-Union Niedersachsen vereint zur Zeit über 1000 europapolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger in über zwanzig kommunalen und regionalen Vereinigungen und ist damit die größte europapolitische Bürgerinitiative im Lande. Als überparteilicher und unabhängiger Interessensverband, der mit vielfältigen Aktivitäten die europäischen Einigungsprozesse zu begleiten und zu fördern versucht, pflegen wir den breiten europapolitischen Dialog mit allen aufgeschlossenen Partnern aus Gesellschaft und Politik, Wirtschaft und Kultur, national wie international. Leitgedanke unserer europapolitischen Überzeugungen ist die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem demokratischen, handlungsfähigen europäischen Bundesstaat. Dabei folgen wir sowohl der Erkenntnis, dass Souveränität im politischen Handeln auf immer mehr wichtigen Politikfeldern nur durch internationale Abstimmung und Zusammenarbeit, durch Gemeinschaftspolitiken zu gewährleisten ist, als auch der demokratischen Grundüberzeugung der Subsidiarität, politische Aufgaben auf der politischen Gestaltungsebene anzugehen, auf der sie am besten und bürgernah zu bewältigen sind – im Kontext einer kohärenten Politikgestaltung in der Europäischen Union oder mit internationalen Partnern darüber hinaus.

In unserer Stellungnahme zum Europapolitischen Konzept der Landesregierung konzentrieren wir uns auf die Aufgabenfelder, die uns seit Jahren und aktuell in unserer Verbandsarbeit im wesentlichen beschäftigen und z. T. belasten, und deren organisatorische Rahmenbedingungen:

1. Europapolitik in der Landesregierung:

Niedersächsisches Ministerium für Europaangelegenheiten

Wie das Europapolitische Konzept der Landesregierung anschaulich belegt, muss auch die Landespolitik in Niedersachsen inzwischen in den meisten Politikbereichen im Rahmen europäischer Gesetzgebung gestaltet werden. Trotz dieses beachtlichen Einflusses von EU-Politiken auf die Landespolitik wird seit Jahren in Niedersachsen – im Unterschied zur Praxis in den meisten Bundesländern - auf ein ausgewiesenes Ministerium für Europaangelegenheiten verzichtet. Auf seiner Landesversammlung 2007 in Göttingen hat der Landesverband die institutionelle Marginalisierung der Europapolitik in Niedersachsen bedauert und die Schaffung eines derartigen Ministeriums gefordert, das unter den Landesbehörden die Abstimmung und Koordinierung europapolitisch bestimmter Politikvollzüge gewährleistet, aus unserer Sicht vor allem als Ansprech- und Kooperationspartner für europapolitische Projekte und für eine landesspezifische europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zu sein hat. Von der Einrichtung eines derartigen Ministeriums erwarten wir, dass auch in Niedersachsen Europa wieder präsenter und für Bürgerinnen und Bürger erfahrbarer wird.

Von einem Europäischen Informationszentrum (EIZ) in der Staatskanzlei können gleichwertige Wirkungen nicht ausgehen – trotz aller anzuerkennenden Bemühungen. Unter den Europabüros in den Niedersächsischen Vertretungen erfahren wir das EIZ als Koordinator der regionalen Aktivitäten und unter den u.a. von der EU-Kommission in Niedersachsen geförderten Einrichtungen als eine Einrichtung von „europe direct“ für Stadt und Region Hannover, damit als ein wichtiges europapolitisches Informationszentrum neben den anderen dezentralen Einrichtungen von „europe direct“ im Lande.

2. Europapolitik im Landtag:

Europa-Ausschuss im Niedersächsischen Landtag u.a.

Eine ähnliche institutionelle Marginalisierung erfährt die Europapolitik in der Zuordnung zum Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien. In Gesprächen mit Mitgliedern des Niedersächsischen Landtags aus allen Fraktionen wurde deutlich, dass Themen der Bundes- und Medienpolitik die Ausschussarbeit dominieren, selbst in diesem Ausschuss Ansprechpartner für europapolitische Angelegenheiten nur schwer zu finden sind. Um die Kommunikation zwischen Mitgliedern des Landtags und den Gliederungen des Landesverbands zu verbessern, lädt der Landesvorstand alle niedersächsischen Abgeordneten (MdEPs, MdBs und MdLs) ein, sich in den kommunalen und regionalen Organisationen des Verbandes zu engagieren. Darüber hinaus regt er an, alle Mitglieder des Nds. Landtags, die Mitglied in der Europa-Union Deutschland sind, zu einer interfraktionellen Parlamentariergruppe zusammen zu schließen, um für europapolitische Informationen und Aktivitäten Koordination und Kooperation zu erleichtern.

3. Niedersächsischer Rat der Europäischen Bewegung (NIREB):

Europapolitische Kooperationen in Niedersachsen

Die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) mit Sitz in Berlin ist ein auch für unsere Verbandsarbeit wichtiges Informations- und Kommunikationszentrum, in dessen Netzwerk bis vor einigen Jahren auch NIREB aktiv mitwirkte. Neben der nützlichen bundesweiten Vernetzung liegt unserem Landesverband besonders auf Landesebene an der Kommunikation und Kooperation mit anderen Institutionen und Organisationen, die NIREB bisher in vielfältigen europapolitischen Aktivitäten und Initiativen ermöglichte. Der Landesvorstand, dessen Landesvorsitzender zugleich Stellvertreter Vorsitzender von NIREB ist, bedauert außerordentlich, dass es trotz mehrfacher Bemühungen nicht gelungen ist, dieses hilfreiche Gremium wieder zu beleben und zu reformieren. Unter der Voraussetzung, dass klare Vereinbarungen und finanzielle Regelungen für die Zusammenarbeit im und mit dem NIREB getroffen werden, könnte auch über eine gemeinsame Geschäftsstelle von Landesverband und NIREB verhandelt werden.

4. Finanzielle Absicherung der Verbandsarbeit:

Institutionelle und Projekt bezogene Förderungen

Um die Kontinuität der Verbandsarbeit in der Europa-Union Niedersachsen gewährleisten zu können, bedarf der Landesverband der institutionellen und Projekt bezogenen finanziellen Förderung. Die institutionelle Förderung ist erforderlich, um die laufenden Geschäfte in der Verbandsarbeit über eine Geschäftsstelle, die auch personell ausgestattet sein muss, erledigen zu können und dem Landesvorstand die Möglichkeit zur Leitung und Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten landesweit zu geben und jährlich zu mindestens einer Landesversammlung oder Landestagung einladen zu können. Durch Projekt bezogene Förderungen sollen sowohl zentrale Vorhaben auf Landesebene als auch in den kommunalen oder regionalen Vereinigungen ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang weist der Landesvorstand mit Nachdruck darauf hin, dass eine besondere Bezuschussung wie für Veranstaltungen im Zeitraum der „Europawoche“ nicht ausreicht, um europabezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über einen vollen Jahresablauf leisten zu können.

5. Europabezogene Bildungsarbeit:

(Europa-)Schulen, Aus- und Weiterbildung, Hochschulen etc.

Einen zentralen Ansatz zur „Stärkung des Europabewusstseins in der Bevölkerung“ bietet die europabezogene Bildungsarbeit (S.70 f), in die alle Einrichtungen – vom Elementarbereich bis zum Quartären Sektor – einbezogen werden müssen. Besonderes Augenmerk hat dabei nicht nur den didaktischen Konzepten und Arbeitsmaterialien zu gelten, sondern insbesondere der Qualifizierung von Lehrkräften an unterschiedlichen Schulformen und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung. An Hochschulen Niedersachsens sind entsprechende Qualifizierungszentren zu schaffen, die sich in Forschung und Lehre mit den europäischen Integrationsprozessen und europapolitischer Bildung befassen. Auch in diesem Zusammenhang hat der Landesverband immer wieder die Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung kritisiert, die in der Vergangenheit nützliche Handreichungen lieferte und Weiterbildungen ermöglichte. Gerade demokratische Systeme bedürfen einer intensiven politischen und das europäische Einigungsprojekt der europapolitischen Bildung.

In Niedersachsen kommt den z.Zt. 85 Europaschulen eine „Leuchtturmfunktion“ zu, die Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im gemeinsamen Haus Europa vorbereiten. Der hohe pädagogische Stellenwert – nicht nur im europäischen Sinne - ergibt sich aus den projektbezogenen internationalen Schulpartnerschaften, einem besonderen Fremdsprachenprofil und aus einem spezifischen Europacurriculum, das für die Anerkennung als Europaschule gleichermaßen wichtig ist. Der Landesverband Niedersachsen der Europa-Union wird auch weiterhin den Ausbau solcher Europaschulen fördern und im „Netzwerk der Europaschulen“ koordinierende Funktionen übernehmen und das Kultusministerium bei der Weiterentwicklung europabezogener Bildungsinitiativen, u.a. bei der Ausrichtung von Fachtagungen, unterstützen. Zusätzliche Anstrengungen werden nötig sein, um die Teilnahme niedersächsischer Schulen am Europäischen Schulwettbewerb deutlich zu erhöhen. Seit Jahren ist die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen an diesem Wettbewerb, durch den die kreative Auseinandersetzung mit Themen der europäischen Einigung in unterschiedlichen Disziplinen gefördert wird, auffallend schwach und liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt fällt aus unserer Sicht die Bilanz für die europabezogene Bildungsarbeit in Niedersachsen nicht zufriedenstellend aus.

6. Fazit

Im Europapolitischen Konzept findet der Landesverband Niedersachsen e.V. der Europa-Union Deutschland besondere Erwähnung als „Akteur der Zivilgesellschaft“, „... Bürgerinnen und Bürger in das Projekt Europa einzubeziehen“ (S. 70). Als Verband, dessen Aktivitäten vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder getragen werden, bleiben wir in unseren Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten abhängig von der wohlwollenden Unterstützung durch gesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen, wirtschaftliche Unternehmen und Verbände und politische Institutionen von der EU- oder internationalen bis zur kommunalen Ebene. Dabei legt der Landesverband auf die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit mit den legislativen und exekutiven Organen des Landes besonderen Wert. Nach unseren organisatorischen und personellen Möglichkeiten sind wir bereit, subsidiär Aufgaben in der europapolitischen Öffentlichkeits- und (Weiter-) Bildungsarbeit zu übernehmen. In Abstimmung und Kooperation mit anderen Institutionen und Organisationen im Lande tragen wir gern dazu bei, Informationen und Kenntnisse über die Einigungsprozesse in Europa zu vermitteln und das europäische Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken – gerade auch in sich immer wieder ergebenden oder von Mitgliedsstaaten der EU oder des Europarates herbeigeführten krisenhaften Entwicklungen. Nicht weniger, mehr Europa ist erforderlich - auch in Niedersachsen !

Adolf Schröder

Werte Mitglieder der Europa-Union Niedersachsen,

die Stellungnahme des Landesvorstands formuliert Positionen, die auf unseren Landesversammlungen und –tagungen immer wieder erörtert und z.T. verabschiedet wurden. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn Sie in Gesprächen insbesondere mit Abgeordneten aus Ihren Wahlkreisen unsere Argumente offensiv übernähmen.

Wir wünschen Ihnen erfolgreiche Aktivitäten zur Europawoche und darüber hinaus.

Ihr Landesvorstand

Redaktion: Adolf Schröder, Muttenpottsweg 99 b, 26125 Oldenburg, Tel. 0441 – 302214